

Stellungnahme der Fraktion Bündnis90/Die Grünen
im Rat der Gemeinde Anröchte
zum Haushaltsplanentwurf 2026

Ich möchte mit den Worten von Aristoteles beginnen, der einst verlauten ließ, „Wir können den Wind nicht ändern, aber die Segel anders setzen“.

Der Wind bläst uns derzeit entgegen oder anders gesagt, die finanziellen Rahmenbedingungen sind derzeit alles andere als rosig zu bezeichnen. Doch Politik und Verwaltung haben im Vorfeld mit den Konsolidierungsgesprächen die Segel gesetzt. Die Richtung ist klar, es fehlt jedoch bislang noch an Feinabstimmung für den exakten Kurs und dass damit die Segel wieder genügend Wind bekommen werden.

Was bedeutet das genau?

Ich möchte die Gesamtsituation zunächst einmal sehr aus finanztechnischer Sicht betrachten. Wir hatten zwar in den vergangenen Jahren (bis 2024) aufgrund guter Gewerbesteuererinnahmen und verschiedener Einmaleffekte immer wieder positive Jahresabschlüsse, doch strukturell ist der Haushalt weiterhin unterfinanziert.

Die Gründe dafür sind vielschichtig. Die stetig steigenden Kreis- und Jugendamtsumlagen, die Umverteilung von Aufgaben nach unten an die Kommunen und Tarifierhöhungen belasten den Gemeindehaushalt stark. Hinzu kommen dringend notwendige Maßnahmen wie die Neubauten der Feuerwehrgerätehäuser, aber auch die Sanierungen von Freibad und Bürgerhaus, die auf der Agenda stehen.

All diese Maßnahmen können wir nicht punktuell betrachten, sondern diese Projekte führen auch zu einer nachhaltigen Belastung des Haushalts. Wir *zehren* in den nächsten Jahren nicht nur von unseren Rücklagen der vergangenen Jahre, nein wir verzehren unsere Rücklagen. Ohne dagegen zu steuern wird dieser Weg direkt in die Haushaltssicherung führen. Ein Weg, den niemand von uns gehen möchte.

Das Ziel mit Einsparungen die Lücken zu schließen, ist unser priorisierter Ansatz. Im Rahmen der Konsolidierungsgespräche konnte die Ergebnislücke zwar verkleinert, jedoch nicht geschlossen werden. Einige Planungen fielen komplett dem Rotstift zum Opfer, andere Bereiche wie die

Gebäudeunterhaltung wurden stark gekürzt. Diese aus finanztechnischer Sicht notwendigen Maßnahmen sind jedoch auf Dauer nicht zielführend, um die Funktionalität, Substanz und Werte der gemeindeeigenen Gebäude auf Sicht zu erhalten.

Die nach Einsparungen und Kürzungen verbliebende Lücke beträgt schließlich noch immer rund 1 Mio Euro jährlich. Dies zwingt uns zu einer Erhöhung der Grundsteuer A und B sowie der Gewerbesteuer.

Eine erstmalige Erhöhung der Grundsteuer B und der Gewerbesteuer nach 10 Jahren, ist leider ein notwendiger Schritt, um die noch offene Ergebnislücke zu schließen.

Mit der Einführung der differenzierten Hebesätze bei der Grundsteuer B haben wir bisher bewusst das Wohnen entlastet. Leider drängt uns das Urteil des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen zu einer Rückkehr zum einheitlichen Hebesatz und somit zu einer zusätzlichen Mehrbelastung von Wohngrundstücken. Im Rahmen der Haushaltsberatungen haben wir jedoch einige weitere Einsparpotenziale entdeckt, die es aus unserer Sicht ermöglichen, unterhalb des von der Verwaltung vorgeschlagenen Hebesatz von 672 Prozentpunkte zu planen. Unser Kompromissvorschlag, diesen Satz auf 656 Punkte zu setzen, fand im Hauptausschuss eine knappe Mehrheit. Diesen Kompromiss halten wir nach wie vor für den richtigen und sicheren Weg.

Meine persönliche Einschätzung zu diesem Urteil darf ich Ihnen an dieser Stelle gerne mitteilen. Aus meiner Sicht ist der differenzierte Hebesatz B, bei entsprechender Begründung, rechtskonform. Entscheiden darüber werden aber schließlich Richter.

Ein Verbleib beim differenzierten Hebesatz erfordert jedoch hohe Rückstellungen und birgt auch Risiken. Es bleibt zu befürchten, dass bei einem Worst-Case-Szenario eine Haushaltssicherung unumgänglich sein wird. Daher favorisieren wir - entgegen den anderen Fraktionen – für eine Rückkehr zum einheitlichen Hebesatz B.

Bei einem späteren positiven Gerichtsentscheid, wann immer dieses Urteil auch kommen wird, plädieren wir für eine schnelle Rückkehr zum differenzierten Hebesatz B, um dann die meisten Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde wieder zu entlasten.

Trotz der angespannten Haushaltslage haben wir uns im Rahmen der Konsolidierungsgespräche darauf geeinigt verschiedene Projekte und

Maßnahmen anzugehen. Durch die Vielzahl an Einsparungen soll kein Stillstand entstehen, denn Stillstand ist Rückschritt. Wir wollen jedoch weiterhin nach vorne schauen und unsere Gemeinde aktiv weiterentwickeln. Hierzu gehört auch in Zukunft der HELMO, der die Mobilität in unserer Gemeinde nachhaltig stärkt. Weitere Optimierungen sind hier jedoch notwendig.

Ein wichtiger Baustein in der gemeindlichen Entwicklung ist das ISEK. Im Rahmen dieses Entwicklungsprogramms haben wir bereits eine erste Fördersumme in Höhe von knapp € 1,2 Mio erhalten, um den Ortskern und hier insbesondere das Bürgerhaus fit für die Zukunft zu machen.

In den nächsten Monaten werden verschiedene Akteure das Projekt weiterhin aktiv begleiten. Ein erster Entwurf zur Umgestaltung und Sanierung des Bürgerhauses hat aus unserer Sicht noch ein großes Verbesserungspotenzial.

Viele von Ihnen stellen sich jetzt sicherlich die Frage, ob in Anbetracht leerer Kassen jetzt der richtige Zeitpunkt für solch ein Großprojekt ist. Ich denke ja, denn erstens ist eine Sanierung des Bürgerhauses dringend notwendig und dies nicht nur aus energetischer Sicht. Und zweitens haben wir bereits ein Teil der ersten Fördersumme in Anspruch genommen, ein Verzicht auf die Förderung würde sicherlich nicht sehr hilfreich sein, dies mit Blick auf weitere potenzielle Förderungen.

Denn wir wollen doch ehrlich sein. Auf Sicht hat unser Freibad nur eine Zukunft, wenn wir mit Zuhilfenahme von Förderprogrammen eine langfristige Modernisierung durchführen können.

Somit wäre im Falle des Bürgerhauses, bzw. des ISEK- Programms ein Verzicht bzw. Rückgabe der Fördersumme ein Weg in die Sackgasse und nicht gerade ein Argument für weitere Förderzusagen.

Neben stetigen Investitionen in unsere Schulen (Stichwort: Ausbau OGS) und der Kindergärten, haben wir in unserer Gemeinde viele weitere Punkte, bei denen ein Bedarf an Renovierung und Investition notwendig sind.

Eines möchte ich an dieser Stelle mit aller Deutlichkeit, mit Blick auf Politik und Verwaltung und auch mit Blick auf alle Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde, einmal sagen: Viele Wünsche bleiben unerfüllt und es ist auch nicht die Zeit für das große Wunschkonzert. Daher werden wir von der Fraktion Bündnis90/Die Grünen heute auch keine Anträge stellen, die den

Haushalt nachhaltig belasten. Vielmehr müssen wir gemeinsam schnellstmöglich die Weichen für den Haushalt 2027 und die Folgejahre stellen. Hier müssen wir dringend die strukturellen Defizite angehen. Die Vielzahl der gemeindeeigenen Gebäude müssen hier ebenso auf dem Prüfstand gestellt werden wie die stetig steigenden Personalkosten. Letztere betrachten wir weiterhin sehr kritisch, stehen jedoch zum Kompromiss, der im Rahmen der Konsolidierungsgespräche erzielt wurde. Die von unserer Fraktion seit Jahren geforderte transparente und aussagekräftige Darstellung des Stellenplans, inklusiv der befristeten und geförderten Stellen, soll nun im Frühjahr endlich erfolgen. Wir sind gespannt.

Obwohl wir beim Hebesatz B einen anderen Weg favorisieren, werden wir dem Haushalt als Ganzes unsere Zustimmung geben. Als klares Zeichen dafür, dass wir nicht nur bei den bisherigen Konsolidierungsgesprächen, sondern auch in Zukunft starke Impulse bei der Gestaltung des Haushalts einbringen werden.

Zum Schluss möchte ich noch auf die Worte des Bürgermeisters eingehen, die er bei Einbringung des Haushalts verkündete. „Defizite sind das neue Normal“.

Dies kann und darf nur eine Momentaufnahme sein. Wir müssen die strukturellen Defizite des Haushalts angehen, um den Gemeindehaushalt zu stärken und auf Sicht resilienter zu machen, für zukünftige negative äußere Rahmenbedingungen.

Unser Dank gilt dem Bürgermeister und den Amtsleitungen und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die konstruktive Zusammenarbeit. Insbesondere möchte ich hier wieder einmal unsere Kämmerin Carolin Sticht erwähnen, für die umfangreichen Informationen im Rahmen der Haushaltsberatungen.